

Autor: Uwe Lueb  
Gesprächspartner: Jens Spahn, (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium  
Redaktion: Stephan Ueberbach SWR Studio Berlin  
Sendung: Samstag, 11.03.2017, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 11.03.2017

SWR: Das beherrschende Thema dieser Tage, Herr Spahn, ist das Verhältnis zur Türkei. Recht hitzig wurde und wird diskutiert ob es in Ordnung ist, wenn türkische Politiker in Deutschland Wahlkampf machen. Wo stehen Sie diesbezüglich? Sind Sie für oder gegen Auftrittsverbote?

J.Sp.: Tja Herr Lueb, das ist ja eine dieser Fragen, wo man hin- und hergerissen ist. Natürlich wollen und sollten wir auch zeigen was Freiheit ist, was Meinungsfreiheit ist, was Demonstrationsfreiheit ist und dass man die auch ertragen muss, wenn jemand eine andere Meinung hat. Gleichzeitig finde ich, sollten wir aber schon auch deutlich machen, dass es für uns schwer, schwer, schwer erträglich ist, dass unsere Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit genutzt werden soll, um eigentlich für die Abschaffung genau dieser Freiheiten in diesem Verfassungsreferendum in der Türkei zu werben. Es ist noch schwerer erträglich - das braucht auch deutliche Worte, und die sind ja auch gefunden durch den Außenminister, durch die Bundeskanzlerin - die Vergleiche, die da in den letzten Tagen angestellt worden sind. Die Türkei ist ein wichtiger Partner für uns in der NATO, in der Region, in der Nachbarschaft, die wir haben. Aber grade in der Partnerschaft muss man sich auch sagen, wenn es mal grade ziemlich schlecht läuft. Und das tut es definitiv. Ich fand es übrigens gut, dass die Bundeskanzlerin sich an die in Deutschland lebenden Türken und Deutsch-Türken gewandt hat. Ich finde, wir müssen auch denen sagen: der Bundestag ist das Parlament, wo Eure Probleme und Themen aufgebracht werden. Die Bundeskanzlerin ist Euer Regierungschef. Joachim Gauck ist Euer Bundespräsident und nicht Erdogan. Und dass wir gerne einladend sein wollen, Teil dieser Gesellschaft zu sein, mitzumachen, sind ja auch viele. Aber dass dann auch dazugehört, dass Innenpolitik und auch Politik vor allem hier in Berlin gemacht wird und nicht in Ankara.

SWR: Jetzt sagen 90 Prozent der Menschen in Deutschland nach dem neuen ARD-Deutschlandtrend, dass Sie das nicht in Ordnung finden, wenn türkische Politiker in Deutschland Wahlkampf machen. Muss bei 90 Prozent die Regierung nicht nachdenklich werden und sagen, ok, wir müssen offenbar handeln, der Druck aus der Bevölkerung ist da?

J.Sp.: Ich wünsch mir, dass Erdogan und die türkische Regierung die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Sie tun ja auch ihren eigenen Landsleuten hier in Deutschland, den Türkisch-stämmigen hier in Deutschland, keinen Gefallen. Weil es ja Integration schwerer macht. Weil es einen Riss stärker werden lässt innerhalb der Community. Die Aleviten sind ja auch zum Beispiel oder auch andere aus der Türkei, die zu uns gekommen sind, die hier leben, tun sich sehr schwer mit dem, was Erdogan tut. Auf der anderen Seite gibt es die Erdogan-Anhänger. Er tut dem hier in Deutschland keinen Gefallen, aber auch insgesamt im Verhältnis der Gesamtgesellschaft zur türkisch-stämmigen Minderheit - immerhin gute drei bis vier Millionen Menschen -, keinen Gefallen für das Zusammenleben. Deswegen sollten wir deutlich die Erwartung formulieren, wie es übrigens die Niederlande auch machen, Schweiz auch

macht, Österreich auch macht, andere Länder auch machen. Wir wünschen uns, dass das respektiert wird, auch diese Mehrheitsmeinung. Idealerweise erkennt das die türkische Regierung, ohne dass wir noch zu Zwangsmaßnahmen greifen müssen.

SWR: In Sachen Atommüllentsorgung gibt es eine Einigung mit den Stromkonzernen: Der Staat übernimmt die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls. Die Konzerne sollen dafür bis 2022 rund 23,5 Milliarden Euro zahlen, dazu noch einen Risikoaufschlag. Ist das rein finanziell ein fairer Deal, oder schröpft die Atommüllentsorgung am Ende nicht doch die Bundeskasse?

J. Sp.: Nein, es ist natürlich immer eine Frage von Annahmen. Man kann sich das hoch und runter rechnen, aber ich finde erstmal fast 25 Milliarden Euro ist ein ziemlicher Batzen Geld, der auch an Rückstellung gebildet worden ist, genau zu diesem Zweck. Bei den Unternehmen kommt noch mal zusätzlich was drauf...

SWR: ...aber das Ganze wird sehr viel teurer...

J. Sp.: ...das weiß ja aus heutiger Sicht niemand wie teuer es wird. Es ist auch eine Frage, wie die Technik sich in dem Bereich weiterentwickelt, wie wir mit alten Kernbrennelementen umgehen. Also welche technische Möglichkeiten zur Entsorgung, möglicherweise auch zur 'weniger Gefährlichmachung', nenne ich es mal, haben werden und welche Lösungen wir am Ende auch für's Zwischen- und Endlager finden.

SWR: Also ist das für Sie in Ordnung, weil die Konzerne nicht alle Klagen, wie ursprünglich versprochen, zurückgezogen haben?

J. Sp.: Es wäre besser, wenn die Klagen alle zurückgezogen wären. Ich meine, die Entscheidung, die wir getroffen haben in Deutschland, nach Fukushima, sehr sehr schnell aus der Kernenergie auszusteigen, hat natürlich auch Vermögen vernichtet bei den jeweiligen Unternehmen. Kostet auch Arbeitsplätze, auch das ist Teil der Wahrheit. Deswegen finde ich es grundsätzlich schon in Ordnung, wenn die dann auch mal sagen: Moment mal, unsere Rechte müssen hier irgendwie auch noch stattfinden in der Debatte. Und ich finde, das ist am Ende ein guter Kompromiss. Nach allen Berechnungen, die wir haben, allen Annahmen, die wir aus heutiger Sicht haben, ist das schon eine angemessene und richtige Summe, die da gezahlt wird.

SWR: Stichwort Griechenland: Es laufen Gespräche über die Reformbemühungen des Landes. Sie sollen noch diesen Monat abgeschlossen werden. Dabei geht es ja um weitere Milliarden aus dem Rettungspaket für Griechenland. Was ist denn Ihr Eindruck, gelingt die Rettung?

J. Sp.: Es ist unser Ziel, dass die Rettung gelingt, man muss auch anerkennen, dass die griechische Regierung sich in den letzten 12-18 Monaten mehr bewegt hat, als die meisten, eigentlich alle Regierungen vor ihr. Zum Teil sehr widerwillig, ist auch Teil der Wahrheit, aber sie setzt vieles um. Es ist anstrengend, aber es geht mühsam voran.

SWR: Nun will der Internationale Währungsfonds bisher nicht mitmachen. Nun haben aber CDU und CSU ihre Zustimmung zum aktuellen Rettungspaket für Griechenland davon abhängig gemacht, dass

der IWF dabei ist. Ist das jetzt unumstößlich oder können Sie sich vorstellen, dass man in Ihrer Fraktion umdenkt und sagt, na ja, wir wollen Griechenland nicht fallen lassen, zur Not geht es auch ohne IWF?

J. Sp.: Herr Lueb, da haben Sie aber die Position des IWF verkürzt dargestellt. Noch hat er nicht gesagt, dass er nicht einsteigt ins Programm, im Gegenteil. Bis jetzt sind alle Äußerungen, dass der IWF an Bord kommen will. Und wir wollen den IWF immer deswegen mit drin haben, weil wir gesagt haben, da kommt jemand von außen, mit viel Expertise, der auch in der Ukraine, in Südamerika schon an vielen Stellen solche Programme gemacht hat. Wir sind aus heutiger Sicht zuversichtlich, dass der IWF in den nächsten Wochen an Bord kommen will.

SWR: Das SWR-Interview der Woche mit dem CDU Politiker Jens Spahn. Haben Sie den Martin Schulz-Schock schon verdaut?

J. Sp.: Der ist mir nie widerfahren. Ich glaube, wir sind alle überrascht. Auch die Sozialdemokraten im Übrigen sind ziemlich überrascht was da gerade abgeht, zumindest in dieser Größenordnung. Das zeigt ja einfach nur, in welcher großen politischen Depression die SPD eigentlich die letzten 10 Jahre gewesen ist. Wo ja auch viele gesagt haben, wir strengen uns hier an, setzen noch ein paar wichtige Projekte durch, aber nix passiert, wir kommen nicht irgendwie auf einen grünen Zweig. Und jetzt zum ersten Mal merken sie: da geht was. Das bringt natürlich viel Motivation und dann verstärkt sich das ein bisschen selbst. Ich gönne es den Sozialdemokraten nach all den schwierigen Jahren, mal ein bisschen jetzt wieder Aufwind zu haben. Es hat ein Positives, finde ich, insgesamt: Es wird wieder spannend zwischen den beiden großen, zwischen Union, CDU/CSU, und SPD. Was wir parallel sehen: die Kleinen gehen zurück. Also die linken wie die rechten Spalter verlieren deutlich, weil die Menschen merken: Moment mal - wenn ich zur Wahl gehe, könnte ich wieder eine richtige Auswahl haben, ob ich Union wähle oder SPD. Viele hatten ja irgendwie das Gefühl, macht keinen Unterschied mehr. Und wenn wir jetzt die Unterschiede stärker herausarbeiten, was die Personen angeht, Merkel oder Schulz, Wagenknecht Finanzministerin oder Wolfgang Schäuble, Claudia Roth Verteidigungsministerin oder Ursula von der Leyen. Und die Frage Steuern senken oder neue Steuern einführen zum Beispiel. Deutsch lernen, Leitkultur, wenn man hier ankommt oder multikulti. Ein Kollege hat ja vor kurzem gesagt, wenn Du nur noch arabisch auf Deiner Straße hörst, musst du halt Arabisch lernen. Kann man ja richtig finden, ich halte es für Quatsch. Und so können wir viele Themen raus arbeiten einfach in den nächsten sechs Monaten, wo die Unterschiede sind. Und dann werden die kleinen Spalterparteien auch gleich viel uninteressanter.

SWR: Gucken wir nochmal die Zahlen an. Wir haben aktuelle aus dem ARD-Deutschlandtrend. Danach liegt die SPD bundesweit bei 31 Prozent, ein Plus von drei Punkten. CDU/CSU verlieren zwei und liegen bei 32 Prozent, also fast auf Augenhöhe. Kann man sagen, das Ende der Ära Merkel zeichnet sich ab?

J. Sp.: Ach was! Sie sehen ja wie schnell sich innerhalb von vier Wochen die Dinge sich verändern und wir haben noch sechs Monate bis zur Bundestagswahl, allerdings haben wir auch drei wichtige Landtagswahlen noch vor uns. Und jetzt geht es eben darum, es wieder spannender zu machen, auch an unseren Profithemen zu arbeiten. Anstatt die Erfolge der Vergangenheit - diese ganze Agenda-2010-Debatte, die macht mich ganz wuschig, wir führen die Schlachten der Vergangenheit - anstatt darüber zu reden, Agenda 2025: Was müssen wir eigentlich tun, damit wir auch noch in fünf, in zehn Jahren noch stark sind? Steuern senken, um Impulse zu geben, zum Beispiel. Wie bereiten wir uns darauf vor, dass wir eine der schnellstwachsenden Gesellschaften der Welt sind, immer noch, bis in die Dreißiger Jahre hinein. Wir haben Geld für Straßen, Schienen, Breitband, für Schulen, das kriegen wir nicht verbaut im Moment.

SWR: Wenn es so kommt bei der Bundestagswahl, wie es im Moment aussieht, läuft es wieder auf eine Große Koalition hinaus. Würde Sie das stören?

J. Sp. Na ja, erstmal geht es ja darum: Herr Schulz aus Würselen kann nur Bundeskanzler werden, wenn es Rot-Rot-Grün wird.

SWR: Rot-Schwarz geht nicht?

J. Sp. Sie haben aber viel Phantasie. Und das sagt er ja im Übrigen auch. Und Grün und Dunkelrot breiten sich ja auch darauf vor.

SWR: Also würden Sie nicht machen? Wenn nichts Anderes geht als eine große Koalition und die SPD läge vor der Union, dann würden die den Kanzler stellen wollen.

J. Sp.: Es gibt Dinge, darüber mach ich mir nicht einmal Gedanken nachts beim Einschlafen oder morgens beim Duschen. Weil, eines ist meine feste Überzeugung, unabhängig davon, ob sie kommen könnte. Sie wäre nicht gut, politisch, eine Große Koalition für Deutschland, für die gesamte Politik in Deutschland. Warum? Große Koalitionen sollten eine Ausnahmesituation sein. Wir haben schon zu viele Großen Koalitionen in den letzten 10 Jahren gehabt. Die Menschen wollen Unterschiede sehen, Auswahl haben. Und wenn das Gefühl ist, die beiden Großen arbeiten immer zusammen, dann sucht man sich irgendwann den Unterschied auch im Extremeren. Das sehen wir links wie rechts, wenn sich dann da was entwickelt. Es gibt genug Unterschiede zwischen SPD und Union und die sollten wir auch rausarbeiten. Eine Demokratie braucht auch eine starke Opposition.